

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.
November 1925
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 494 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post halbjährlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. bestmögliche 20. jeden Monats

Gewalt herrscht in Italien!

Nur mit Gewalt vermag Mussolini sein Regime fortzusetzen, und daraus spricht die wahre Tendenz seiner Politik, die Ohnmacht der italienischen Staatspolitik. Was die Wirtschaft Italiens immer mehr und mehr an Existenz ersetzt werden. Nachdem Mussolini sich selbst an die Spitze des Finanz- und Wirtschaftsbankrotts als Diktator gestellt hat, weil seine Ministerlinge den Bankrott nicht mehr mit ihrer Person verantworten konnten, gibt es heute kein Zurück mehr.

Entweder die kapitalistische Wirtschaft wirtschaftet unter dem Schleier der Demokratie, des Parlamentarismus, oder der Schleier wird zerrissen, dann tritt an seine Stelle die absolute Gewalt. Diese wird immer brutaler, je mehr die bestehende Klassenherrschaft bedroht ist. Und so ist es in Italien, wenn auch der Absolutismus (Mussolinis die politische Macht vorläufig) gerade die letzten Umwälzungen in Italien sind der Ausdruck der inneren Krisen. Nicht nur vor der sozialistischen, sondern selbst vor der faschistischen Bewegung hat man Angst. Wie sieht es augenblicklich in Italien aus? Als Vorwand der neuen Machtpolitik gilt das „Attentat“ auf Mussolini. In Wirklichkeit war es jedoch die innere wirtschaftliche und politische Zersetzung des faschistischen Staates. Große Teile des Faschismus wankten und stellten sich auf die Seite der Opposition. Die Wirtschaftskrise hatte die faschistische Partei zur Spaltung getrieben. Nachdem Mussolini sich selbst zum Opfer brachte, mußte er konsequent vorgehen. Ein Ausnahmegesetz nach dem anderen mußte die „Macht“ stützen. Sämtliche Staatsfunktionen sind durch Faschisten besetzt. Die freien Gewerkschaften sind verboten und durch staatliche ersetzt, und sämtliche oppositionellen Organisationen sind aufgelöst worden, d. h. nicht nur die sozialdemokratischen und die Sektionen Moskaus, sondern noch verschiedene kleinbürgerliche Sekten, die mit dem Faschismus nicht einverstanden waren.

Der Präfix von Mailand hat die folgenden Organisationen durch Dekret aufgelöst: Die Liga der italienischen Konsumgenossenschaften, den italienischen Verband der Unterstützungen, die Allgemeine Vereinigung der italienischen Bankangestellten, die große Vereinigung der Volksbibliotheken. Für die aufgelösten Verbände wurde ein der faschistischen Partei angehörender Kommissar ernannt. Eine politische Untersuchungskommission hat zahlreiche Maßregeln und Entfassungen unter dem Personal der Abgeordnetenkammer beantragt, weil einige der Beamten der Fremdenarbeit und der Sozialistischen Partei angehört. In Rom werden sowohl Mondo als auch die Risorgimento bei Erscheinen täglich sofort beschlagnahmt.

Der Parlamentarismus hat in Mussolinis abtanden müssen.

Mussolini hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die letzten Reste des Parlamentarismus aufhebt. Danach ist der Premierminister nur dem König für alle seine Handlungen verantwortlich, nicht dem Parlament. Die Minister sind dem König und dem Premierminister verantwortlich. Der Premierminister kann sämtliche Ressortministerien übernehmen und den Unterstaatssekretären überweisen. Beide Kammern dürfen die Tagesordnung nur mit Zustimmung des Ministerpräsidenten festlegen. Die Regierung kann den von einer Kammer abgelehnten Entwurf sofort in der anderen Kammer einbringen. Die gesamte nichtfaschistische Presse soll unterdrückt werden.

Ein allgemeines Streikverbot soll durchgeführt werden, und die Rote Fahne ist gänzlich verboten.

Die letzten Kommunisten wurden aus dem Parlament hinausgeworfen.

In der Kammer Sitzung am 19. November kam es gleich zu Anfang zu einem stürmischen Zwischenfall, in dessen Folge ein Handgemach zwischen den Faschisten und Kommunisten entstand. Der kommunistische Abgeordnete Maffi wollte, umgeben von anderen kommunistischen Abgeordneten, über die Kundgebung des Vortages für Mussolini sprechen. Er wurde aber fortwährend von den Faschisten unterbrochen und als Unheilstifter und Hanswurst bezeichnet. Als er sagte, „Mussolini vertritt gewiß nicht den Willen der Arbeitermassen“, brach der Sturm los. Von allen Seiten wurde er mit den größten Schimpfnamen wie Halunke, Dummkopf usw. überschüttet. Die Faschisten warfen sich drohend auf ihn und riefen: „Werft ihn hinaus!“ Farnacci stellt sich vor ihm hin, gebot der Kammer Schweigen und sagte: „Wenn man Uebles über den Duce reden hört, muß man es so machen.“ Damit versetzte er Maffi zwei schallende Ohrfeigen. Das Handgemach brach los. Vergebens suchten die Parlamentarier Ruhe zu stiften. Der Präsident hob die Sitzung auf. Die kommunistischen Abgeordneten wurden von ihren Bänken herabgeworfen und die Treppe der äußeren Linken hinuntergetrieben. Maffi wurde von allen Seiten ins Gesicht gespuhlt. In den Wandelgängen wurden die kommunistischen Abgeordneten von den Faschisten weiter verprügelt, bis sie unter dem Schutze der Polizei das Parlamentsgebäude verlassen konnten. Die Abgeordneten Picelli und Maffi gingen aus dem Handgemach mit Verletzungen hervor.

Nicht nur nach innen, sondern auch nach außen versuchte Mussolini die „Macht“ seines Staates zu demonstrieren. Bei Eröffnung des italienischen Parlaments hielt er eine Lobrede auf den Faschismus, der auch international das parlamentarische System ablösen müsse. Er domerte gegen die antifaschistische Propaganda in Oesterreich und Frankreich und sagte zum Schluß: „Alle sollen es wissen und alle im In- und Auslande wissen es, daß noch nie eine Staatsordnung durch den Druck des Auslandes gestürzt worden ist, und daß alle Italiener, wenn sie vom Auslande bedroht werden, wie ein Mann aufstehen. Morgen könnten zwei Millionen junge Leute meinem Ruf folgen. Ich will nicht drohen, sondern lediglich auch in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Leiter der italienischen Regierung eine nachdrückliche Warnung, die überall gehört werden soll, aussprechen.“

Krise ohne Ende

Das europäische Kapital kommt nicht zur Ruhe. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch jagt den anderen. Es wird dauernd saniert und stabilisiert. Das amerikanische Kapital, als der letzte Felsen des Weltkapitals, muß immer wieder in die Bresche springen. Kaum hat es ein Loch zugestopft, reißt ein anderes wieder auf. Es verlangt deshalb eine vollständige Kontrolle über die europäische Wirtschaft. Sein europäischer Geschäftspartner, das englische Kapital, hat die Aufgabe der Regulierung zwangsweise übernommen, um seinen eigenen Verpflichtungen gegenüber dem amerikanischen Kapital nachkommen zu können. War es noch vor einem Jahr beim Abschluß des Londoner Abkommens ein gleichberechtigter Partner, hat es damals noch versucht, durch den Vorkörper sich die Herrschaft über Europa zu sichern, und mußte es vor der Vormachtstellung des französischen Kapitals zurückweichen, so hat sich alles infolge der wirtschaftlichen Entwertung des letzten Jahres geändert. In der englischen Wirtschaft machen sich immer mehr die Folgen des Krieges und des jahrelangen Brachliegens der Industrie geltend. Die englische Zahlungsbilanz geht dauernd zurück und droht passiv zu werden. Das englische Kapital kann nur noch mit großer Anstrengung seinen Verpflichtungen aus dem Schuldentilgungsabkommen mit Amerika nachkommen. Es ist gezwungen, seine Forderungen bei seinen Schuldnern einzutreiben. Alle Bemühungen des europäischen Kapitals, Amerika zum Verzicht auf seine Forderungen zu bewegen, sind nicht nur endgültig gescheitert, sondern das europäische Kapital, und vor allem Frankreich und Italien sind gezwungen, um überhaupt noch weiter existieren zu können, Abkommen mit dem amerikanischen Kapital über bestimmte zukünftige Leistungen zu treffen. Nur gegen Bestätigung der alten Verpflichtungen und gegen bestimmte Jahreszahlungen geruht das amerikanische Kapital neue Anleihen zu geben. Zur Sicherung verlangt es außerdem noch eine politische und wirtschaftliche Regelung, die ihm Garantien für die Zukunft gibt. Es zwingt das europäische Kapital zu einer „friedlichen“ Auseinandersetzung. Locarno ist sein Produkt. Das französische Kapital mußte unter diesem Druck auf seine Pläne der Aufrichtung seiner Vormacht über Europa verzichten. Es wurden ihm ganz besonders schwere Bedingungen auferlegt, um es zu einer Einschränkung seiner militärischen Ausgaben zu zwingen. Der Druck wurde noch durch Aktionen zur Entwertung der französischen Valuta verstärkt.

Die Liquidierung der deutsch-französischen Streitigkeiten war eine weitere Voraussetzung für die Kreditgewährung und zwar hier gegenüber beiden Teilen. Für das französische Kapital bedeutete dies einen Verzicht auf seine Annexionspläne mit Bezug auf das Ruhrgebiet. Von deutscher Seite wird dieser Teil der Wirkung von Locarno aus begrifflichen Gründen nicht erwähnt. Der andere Ausdruck ist die Räumung der sogenannten belagerten Gebiete. Daß das deutsche Kapital auf der anderen Seite auch seine Revanchepäne aufgeben muß, bedeutet keineswegs einen freiwilligen Verzicht, sondern ist nur die offene Feststellung seiner augenblicklichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Möglichkeiten. Sie war gerade mit Rücksicht auf diese Lage notwendig geworden und ist nur eine Abgabe an die jetzt nicht umzusetzenden nationalpolitischen Pläne. Diese Erklärung soll aber gleichzeitig eine Stärkung derselben Pläne mit sich bringen, indem durch die Hetze gegen Locarno die nationalen Leidenschaftlichkeiten neu entfacht werden. Bei dem offiziellen Begräbnis werden gleich die Auferstehungsfeierlichkeiten vorbereitet. Den Parteien, die offen für den deutschen Imperialismus auftraten, den Deutschen und der Deutschen Volkspartei, wird die Verbrennung des lebenden Leichnams so schwer gemacht, weil das deutsche Kleinbürgertum und das Handels- und Bankkapital das offizielle Eingeständnis der Ohnmacht als pazifistische Werte vertritt. Sie betreffen noch nicht den inneren Gehalt und Wert der demokratischen Illusion. Der Dolchstoßprozeß und die dort zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommenen Methoden zur Rettung des Kapitals mußten doch den „einmütigen“

Alles das wird wenig nützen. Die Geschichte wird nicht durch neue Napoleon gemacht, und Mussolini wird über kurz oder lang an seiner eigenen Politik zu Grunde gehen. Was die Sozialdemokraten unter dem Schleier des Parlamentarismus täten, nämlich die Überbrückung der Klassen Gegensätze, das versucht Mussolini mit Gewalt. Er hebt die Klassenverhältnisse nicht auf, er verschleiert sie nicht, sondern er treibt sie auf die Spitze. Schon heute merkt er seine Ohnmacht, denn es ist nicht Rußland, wo ein indifferentes Bauerntum sich der Gewalt der Bolschewiki fügte, sondern Italien, das schon ein großes Proletariat aufweist. Mussolini wird den wirtschaftlichen Bankrott des Kapitalismus nicht aufhalten können, er wird auch seine Widersprüche nicht verringern, sondern verschärfen und damit dem italienischen Proletariat die Notwendigkeit einer Revolution begrifflich machen. Die Politik der absoluten Gewalt ist eben die Lokomotive des proletarischen Befreiungskampfes, die Geburtshelferin der Revolution.

Es wäre entschieden besser, dem deutschen Proletariat würde diese Lehre auch zuteil, und der Parlamentarismus wäre nicht mehr das größte Hindernis der Klassenkämpfe. Das deutsche Proletariat würde seine Aufgaben entschieden eher begriffen haben. Leider helfen SPD und KPD, immer noch, den Wall der Illusionen von neuem aufzufrischen.

Ende des deutsch-spanischen Zollkrieges.

In Madrid wurde am 18. November ein Modus Vivendi von der deutschen und der spanischen Handelsdelegation vereinbart. Mit der Unterzeichnung wird der deutsch-spanische Zollkrieg sofort eingestellt. Das Provisorium gilt für sechs Monate. Die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag werden sofort aufgenommen werden.

Die letzten Kommunisten wurden aus dem Parlament hinausgeworfen.

Stelle der „unfähigen“ gestellt werden, d. h. wenn die polnische Bourgeoisie nicht den Mut hat, allen Illusionen zum Trotz eine offene Reaktion, eine absolute Gewalt an die Stelle dieser parlamentarischen Komodienkonstitution zu setzen. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, daß man die Gefahren, die die Krise mit ihren 300 000 Arbeitslosen heraufbeschworen hat, mit Gewalt zu unterdrücken sucht, und die russische „Westfront“ spricht von der Gefahr, die in einem Staatsstreik der Pilsudski-Anhänger droht.

Republikanische Monarchisten oder monarchistische Republikaner?

Am 13. Februar ging der Hinweis zu den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, um ihnen zu versichern: „Ich glaube, dadurch, daß wir Mehrheitssozialisten in einem Augenblick, wenn diese Frage bis zu einem gewissen Grad gelöst ist, werden wir uns ein Land sehr verdient gemacht.“ Mit der bürgerlichen Nationalversammlung hatte die November-Revolution ihr offizielles Ende. Seitdem betätigen sich die Sozialdemokraten nicht mehr wie vor dem 10. November als republikanische Monarchisten sondern als monarchistische Republikaner. Im Jahre 1922 brach diesbezüglich sogar eine Epidemie aus.

Auf einer Versammlung im Berliner Friedrichshain im Juni erklärte der am 9. November 1918 „Revolutionsführer“ minime Scheidemann:

„Eine antimonarchistische Propaganda, eine positiv republikanische Tätigkeit hat die Sozialdemokratie nie getrieben, weil für uns diese Frage bis zu einem gewissen Zeitpunkt nebensächlich erschien.“ Die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Novemberrevolution gewollt oder vorbereitet hat, ist eine lächerliche, törichte Antithese unserer Gegner.“

Am 5. Dezember 1922 wendet sich derselbe Philipp Scheidemann vor dem Staatsgerichtshof gegen den ihm gegenüber erhobenen Vorwurf des Verrates am Kaiser und gibt eine Darstellung der Zwangslage, die die Sozialdemokraten veranlaßte in das Kabinett des Prinzen Max von Baden einzutreten. Prinz Max von Baden habe das Reichskanzleramt nur übernommen wollen, wenn auch die Sozialdemokratie zur Regierung zugelassen würde. Er selbst sei gegen diesen Eintritt gewesen, sei aber in der Minderheit geblieben, weil seine Freunde nicht den Vorwurf auf sich nehmen wollten, die Sozialdemokratie habe umlassen zu lassen, was noch zu retten wäre. Scheidemann erinnert an seinen Brief an den Prinzen Max von Baden, in dem er ihm nahelegte, den Rücktritt des Kaisers zu fordern, um die Monarchie zu retten.“

Und am 19. Dezember hält August Müller, Staatssekretär a. D., in der juristischen Gesellschaft eine Rede, in der er die Haltung der Sozialdemokraten zum 9. November schildert: daß auf Grund der Verhandlungen, an denen er damals teilgenommen hätte, niemand von allen seitens der Parteilinken die Republik gewollt hat, niemand in eine Entlassung der Hohenzollern gedacht habe. Die sozialdemokratischen Führer hätten im Gegenteil alles versucht die Revolution des 9. November zu verhindern. Erst, nachdem es sich nicht mehr ändern ließ, stellten sie sich an die Spitze und erwarben sich um Deutschland das große Verdienst, den sozialistischen Klassenkampf zu verhindern.“

Ständgericht in Northeim-Üngarn Die Führer der ungarischen KP, und ehemaligen Führer der ungarischen Räte-Regierung, Rakosi, Weisner, Ober, Csiba und Freu Hamann, stachen am Samstag und Sonntag vor den Richtern der ungarischen Klassenjustiz. Sie sollten standrechtlich abgeurteilt werden. Die ungarische Reaktion braucht reine Bahn, und geht rücksichtslos vor. Sie ist, wie die Reaktion immer, entschlossen, wenn es sich um den Existenzkampf dreht. Gegen diese Rücksichtslosigkeit hilft kein Zeter und Zagen sondern nur der Kampf der geschlossenen Front der Arbeiterklasse, sie muß eben erkennen, daß sie von der Bourgeoisie nichts anderes zu erwarten hat. Sie muß dabei aber auch erkennen, wo die indirekte Stütze, wo die verschleierte Reaktion steht, jene, die mit der Bourgeoisie an grünen Tisch paktieren. Die KPD scheidet darüber, daß MacDonald mit der Horvathreaktion paktiert, ohne dabei zu betonen, daß Tschitchewin in Polen, wo eine nicht minder Reaktion herrscht hoch zu Tische sitzt. Sie paktieren eben zusammen, oder verraten das Proletariat nach den jeweiligen Interessen ihrer Staatspolitik, wobei Rußland keine Ausnahme macht. Das Proletariat darf sich vor solchen Interessen nicht von dem Kampf gegen die Reaktion ablenken lassen. Mit Macht muß es sich gegen die Justiztrulle wehren.

Vorläufig ist das Urteil zurückgestellt worden. WTB, meldet: In der Angelegenheit Mathias Rakosi und Oszkar Weisner hat der Präsident Langer heute vormittag 11 Uhr das Urteil, demzufolge das Gericht die Anwendung des standrechtlichen Verfahrens nicht als geeignet erachtet und die Angelegenheit den ordentlichen Gerichten überweist. Sämtliche Anwesenden blieben nach wie vor in Haft. Mit Entschiedenheit muß die Arbeiterklasse aufstehen. Nicht nur gegen dieses Urteil, sondern gegen die gesamte Reaktion.

Der Absolutismus in Italien. Die letzte Phase der mussolinischen Macht ist nun erklommen. Mussolini hat sich und den König zum einzigen Diktator Italiens gemacht und dem Parlamentarismus und die „freien“ Gewerkschaften zum Tode gejagt. Die letzte sensationelle Verurteilung der angeblichen Attentäter hat dadurch eine neue Aera eingeleitet. Die Verurteilungen und allgemeinen Verbote treten damit in ihrem wirklichen Licht hervor. Der Gesetzentwurf über die außerordentliche Vollmacht des Ministerpräsidenten wurde genehmigt. Er regelt die Beziehungen

zwischen Gesetzgeber und Vollzugsgewalt. Die Minister haben sich für ihr Tun sowohl gegenüber dem Ministerpräsidenten als dem König zu verantworten und werden vom König auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt, abberufen oder abgesetzt. Nicht darf die Tagesordnung der beiden Kammern gestellt werden, ohne vorher vom Ministerpräsidenten genehmigt zu sein. Der Ministerpräsident entscheidet in Zukunft alle Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern. In einer zweiten Sitzung, in der Nacht zum 15. November, hat der Ministerpräsident den Gesetzentwurf über die juristische Regelung der kollektiven Arbeitsverhältnisse angenommen, der die Bestimmungen über die Gründung, die juristische Anerkennung und die Tätigkeit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sowie über das Arbeitschiedsgericht enthält. Ferner wurde ein Gesetzentwurf über die Pensionen angenommen.

Vorbildliche Aktivität in der Gewerkschaftsarbeit. Der DMV, hatte zum besseren Massenfang einen Lichtbildervortrag veranstaltet. Bei diesem Werkbest war auch die KPD, nicht müde. Sie war selbst pflichtgetreuer als der Oberbeste Ulrich vom Metallarbeiterverband. Dieser kam jedenfalls in recht „nichtergerm“ Zustand zu dem Lichtbildervortrag und traf diskutierende Jugendliche, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, vor dem Hause. Er schmauzte sie an und ohrliegte sie. Einem riß er die Windjacke vom Leibe. Dazu bringt die KPD-Präsidentin Moritz den Mund. „Wenn Ulrich zuviel getrunken hat, soll er dabei bleiben. Sonst stößt er die Jugend, die zu einer Werbestellung kommen, nur zurück.“ Die „Rote Fahne“ verdient sich wirklich Orden und Ehrenzeichen für die Tüchtigkeit im neuen Gewerkschaftsbau.

Wirtschaft Steigender Welthandelsumfang?

Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat den ersten Band einer neuen Ausgabe des „Memorandum“ über Zahlungsbilanzen und auswärtige Handelsbilanzen herausgegeben. Das Werk enthält eine Uebersicht über die Zahlungsbilanzen der verschiedenen Länder, eine kurze Darstellung des Welthandels im Jahre 1924, sowie eine Reihe Uebersichten und Tabellen über den gesamten internationalen Handel im Jahre 1913, und Zusammenstellungen über den internationalen Handel im Jahre 1913, und Zusammenstellungen über den internationalen Handel in den Jahren 1919 bis 1924. Nach den Zusammenstellungen hat der internationale Handel 1924 den von 1913 bedeutend übertraffen. Der Handel hat fast die Höhe von 1913 erreicht. Die Arbeit des Völkerbundes ist verständlich nicht gesagt über den Umsatz an sich, d. h. über Produktion und Konsum, sondern über den Außenhandel, d. h. über den Warenverkehr der Staaten untereinander.

Der Warenverkehr, d. h. der Warentransport von einem Land zum andern, richtiger der natürliche Transport, ist allerdinge wohl fast auf der Höhe von 1913. Das beweist aber noch nichts über den Verbrauch. Der gesunkene Konsum und die enorm gesteigerte Produktivität ist der Hebel des regen Welthandels. Die Ausfuhrindustrien werden von den Staaten sowohl wie von den Industrieländern (Syndikate) auf Kosten des Inlandshandels unterstützt. Das ist die Ursache, daß es z. B. das eine Land Waren derselben Gattung im Auslande billiger verkauft, als die heimische Industrie im Lande selbst vermag. Durch die Ausfuhrindustrie kann dagegen dieselbe Industrie dieselben Waren, die ausländische Konkurrenz hier schlug, wieder im Lande der Konkurrenzindustrie billiger verschleudern. Das ist ja gerade der Wahnsinn der Warenwirtschaft, der durch die Absatzkrise noch bedenklich gesteigert wird.

Ein Beispiel mag das beweisen. Amerika schleudert seine Automobile in die ganze Welt. Trotzdem ist ebenso die industriellste Welt Lieferant in Autos nach Amerika. Europa, oder um ein konkretes Beispiel zu nennen, Deutschland liefert Autos nach Amerika, während die USA und Kanada liefert Autos nach Deutschland liefert. Die deutsche Autoindustrie bekommt aber für ihre Lieferungen nach dem Auslande reichlich 25 Prozent vergütet. Diese muß sie auf den Verkauf im Inlande aufschlagen. Dieser Wert ist die Waage, und macht so aus dem amerikanischen Markt ein leichtes. Eine Andeutung dieser Prinzipien, die auch gleichzeitig die Krankheit der europäischen Wirtschaft illustriert, bringt auch das „Memorandum“. So erlitt z. B. der Anteil einer Anzahl europäischer Staaten an dem Welthandel, während der Anteil der zentralamerikanischen und asiatischen Staaten ihren Anteil sehr beträchtlich vermehrten. Der Anteil der Vereinigten Staaten, Englands und Kanadas war im Jahre 1924 ziemlich der gleiche, wie im Jahre 1913. England hat aber ein Riesensicherheitsnetz, konstant also weniger. Trotzdem ist Englands Einfuhr groß. Fast sämtliche europäische Staaten haben ihre Einfuhr gesteigert, trotzdem der Konsum beträchtlich niedriger ist als 1913. An dieser gegenseitigen Einflußbereinigung sind die europäischen Staaten selbst sehr stark beteiligt.

Unter den wichtigsten Welthandelsstaaten haben die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Japan die raschesten Fortschritte gemacht. Amerika hat seit Jahren eine beispiellose Kapitalanhäufung. Es hat reichlich 1/3 des gesamten Goldbestandes der Welt an sich gesammelt, akkumuliert durch seine stetig steigende Warenexporte und durch seine Kapitalexporte, die ihm aus den kapitalarmen Europa hohe Zinsen bringen. Wir wollen nur daran erinnern, daß der englische „Economist“ berechnet, daß ein amerikanischer Arbeiter sowohl produziert, als 5 englische oder 8 deutsche Arbeiter. Wenn Amerika trotz- dem Waren, die es selbst ausführt, vom Auslande bezieht, so erklärt das den gesteigerten Außenhandelsverkehr des „Memorandum“. Der gesteigerte Außenhandel verleiht dem Proletariat die Lebenshaltung und vermindert so die Produktion. Wie lang wird das Proletariat diesen Hexentanz im Interesse des Profits seiner Ausbeuter noch mitmachen und sich damit das Grab schaufeln?

Ausland Zur Konkurrenz der Arbeiterpartei in Liverpool

Die Lohnempfänger der Arbeiterpartei: Im Jahr 1921 erlitten 7 1/2 Millionen Lohnempfänger wöchentlich eine Lohnver Kürzung von 6 Millionen Pfund Sterling. Das Jahr darauf, 1922, war ein weiterer wöchentlich Lohnverlust von 4 200 000 Pfund Sterling. Im Jahre 1923 wurde 2 Millionen Lohnempfänger wieder eine Kürzung von 1/2 Million wöchentlich auferlegt. Damit hielt aber die Kürzung der Löhne nicht an, sie setzte sich 1924 und 1925 fort. Die Sachverständigen schätzen die wöchentliche Herabsetzung der nationalen Lohnsumme seit 1920 als auf die Hälfte.

Anstatt, daß dadurch Handel und Wandel gesteigert werden, sprechen die Zahlen eine andere Sprache. Arbeitslosigkeit, wie gezeigt, wächst an. Diese Vermehrung der Konkurrenz hat beträchtlich dazu beigetragen, den inneren Markt zu zerstören. Jeder Zweig des Wirtschaftslebens, dem darauf angewiesen ist, den inneren Markt zu speisen, muß notw. gegenwärtig unter diesen schließlichen Lohnschneidern (nicht nur der Länder), schwer getroffen werden. Entgegen dieser Situation der

Lohnempfänger zeigt sich, daß 1411 Gesellschaften nach Zahlung aller Schuldzinsen folgende Profite verteilten: 1923: 130 000 000 Pf. St., 1924: 129 263 773 Pf. St., eine Zunahme von 3 602 349 Pf. St. In einem einzigen Jahr wurde von diesen 1411 Gesellschaften 110 250 000 Pf. St. von dem angelegten Kapital zurückgezahlt. Die durchschnittliche Dividende ist 10 Proz. Die Kapitalisten erhalten also jede 10 Jahre als Zinsen zurück. Während die Lohnempfänger sich Abzüge, Kürzungen gefallen lassen müssen, wächst das Bankkonto der Direktoren und Unternehmer. Dies beweisen folgende Zahlen: Die Zuwachsstärke war 1918—1919 35 300 000 Pf. St., 1922—1923 62 000 000 Pf. St., eine Zunahme von 27 000 000 Pf. St. In den Jahren 1918—1919 war die Einnahme aus den Patentgebühren 30 750 000 Pf. St., 1922—1923 59 500 000 Pf. St. Das bedeutet eine Zunahme von 29 250 000 Pf. St. Wir werden an die Worte Oliver Goldsmith erinnert: Dem Lande geht es schlecht, wo dem eifrigsten Unglück zum Raub, die Menschen dahin stieben und Besitztum sich anhäuft!“

Nachdem die Kapitalistenklasse 1 1/2 Jahrhunderte lang die Geschichte des Staates allein geleitet, nachdem sie effizienter die Herrschaft im eigenen Hause standhaft behauptet und die Arbeiter gewaltsam von jeder Kontrolle ferngehalten haben. Bei euch ist es nicht zu fragen warum, sondern zu gehorchen und zu sterben! Nun ist der Zusammenbruch der Wirtschaft ihr eigenes Werk, sie tragen die ganze Verantwortung. Jetzt laden sie uns ein, zur Besserung, den Schaden gemeinsam zu tragen: Laßt uns sehen, unser System vom stürzenden Fall zu erretten!

Wir unserer guten Genossen, welche uns in vergangenen Tagen lehrten: Es gibt kein anderes Heilmittel als den Kampf gegen den Kapitalismus, bekommen Angst, jetzt, wo das System zusammenbricht, und raten dazu, dieses System mit Hilfe der besitzenden Klassen zusammenzufügen.

Von der Sklaverei zur Freiheit: Wenn wir das Feld überschauen, soweit es in dem Blickfeld eines Einzelnen liegt, so scheint es uns, daß wir in eine neue Phase der Aufwärtsentwicklung unserer Klasse getreten sind. Überall sehen wir die Zeichen. Die Menschen erwachen immer mehr zu dem Bewußtsein, daß das jetzige Gesellschaftssystem zum Tode verurteilt ist. Rußland und Mexiko als Arbeiterrepubliken (!) zeigen den Weg. In derselben Richtung orientieren sich die zentralamerikanischen Mittelstaaten der wirtschaftlichen und politischen Sklaverei und erheben sich zum Aufbruch gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. So sehen wir Indien und China und andere östliche Länder im Wirbelsturm des Aufstandes. Sie fordern das Recht der Selbstbestimmung. Wie kann das Tempo des Fortschritts nicht beschleunigt werden, wie weit er sich verbreiten wird? Diejenigen, die glauben, daß eine neue Gesellschaftsordnung kommen muß, ohne wir die hebel unserer Zeit helfen können, jene Uebel, auf die ich in meinem Artikel über die Arbeiterpartei hingewiesen habe, sind endlich klare Anzeichen dafür, daß ein Weltbewegung, die sich zum Aufstand erhebt, endlich das Joch der Lohnsklaverei abzuschütteln. Wie die Menschheit aus der Lohnsklaverei zum Selbstsystem und vom Leibeigenen zum Lohnsystem kam, werden wir schließlich aus der Lohnsklaverei zur Freiheit gelangen.

Wenn wir im Auge behalten, daß dies die einleitende Rede auf den Gewerkschaftskongress war, dann können wir annehmen, daß derselbe Geist einen Teil der Entschiedenheiten besiegte, wenn man die Mithandlung betrachtet, wie sie nach diesem Bericht die englische Arbeiterklasse erduldet, und verschärft nach dem Willen der herrschgewohnten, wenn auch klugen Unternehmer (Kartelle) auf Kosten des Inlandshandels unterstützt. Das ist einandersturz mit dem rechten Pfleger zu schätzen wissen. M. R. C. r a m p ist gerade einer Arbeiterführer, der allen Klassenkampfschwätzen zum Trotz, jetzt, wo der Kapitalismus in der Brandung des Zusammenbruchs herumtorkelt, mit den Unternehmern zusammen das bestmögliche Schiff noch einzusammeln sucht. Er stellt mit aller Schärfe den Klassenkampf fest. Er stellt auch die grausame Unerbittlichkeit gerade der englischen Kapitalistenklasse fest, und dennoch das abzumildern. Herz, das nicht gegen Menschen, nur gegen Arbeit kämpft. Im Anfang seiner Rede stellt er fest: „Keiner kann das Vorhandensein des Klassenstreits ableugnen. Der klaffende Widerspruch zwischen den Interessen der Klassen ist durch die Entwicklung des neuzeitlichen Kapitalismus zum Kardinalpunkt unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens geworden.“

Die Anstrengungen und Mühen der organisierten Arbeiterklasse müssen die Tatsachen des Klassenkampfes anerkennen, und sie tun dieses auch. Und an anderer Stelle: „Unsere Erfahrung als eine Partei, als Regierung haben uns gelehrt, daß wir einen geschickt organisierten, entschlossenen, von keinerlei Rücksicht oder Bedenken getragenen Widerstand von den ersten zu erwarten wagen, wenn wir die Vorzüge und Mächte nicht bedroht ist.“ „Unser Plan, wie schön er Mensch mit demselben Palmzweig, steht da an des Jahrhunderts Nelke.“

Man sieht so recht die Egelgüte und Friedfertigkeit, die Stirn dieser vollendeten „Marxisten glänzen, wenn es gegen die Kapitalisten geht.“ Ich hoffe, ich werde nicht mißverstanden werden, wenn ich sage, daß es unsere Hauptaufgabe ist, unsere grundlegende Arbeit, wie ich sie feststellte, nicht Kampf zu führen gegen die Einzelwesen einer Klasse, sondern die Umstände zu besiegen, welche den Klassenkampf geschaffen haben.

Halleluja!! — Nieder mit der Diktatur des Proletariats! „Solche Bedingungen, solche Zustände können nicht geändert werden, indem die eine Art in der Klassenherrschaft mit der anderen ausgewechselt. Weder Reden von der einen Seite, noch Bannone, Bomben oder Kugeln von der anderen, sind Waffen gegen Zustände, welche durch die wirtschaftliche Unterjochung und Ausbeutung einer Klasse durch die andere geschaffen sind.“ Und daher als Krönung des Ganzen: „In unserer Partei als politische Partei stehen wir in der Tat, (in unseren Taten) jenseits des Klassenkampfes, wir richten unsere Energie auf Aufbau der Arbeit und raten jede Klasse zur Mitarbeit an.“ Die Antwort der Kommunisten beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß man den Widerspruch dieser Feststellungen nicht anders deuten könne, als ob Herr Cramp einen Unterschied zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Kampf konstruieren wollte, und ob er gerade in der Politik, wo es sich ausschließlich um die Machtstellung handelt, den Klassenkampf ableugnet. — Auch etwas, was sie selbst hinter die Ohren schreiben sollten. Gemäß ihrer bekannten Taktik betteln sie natürlich darum, zusammen mit diesen Klassenverrättern in eine Organisation aufgenommen zu werden. Sie sind Vorbild aller Klassenkämpfer! In einer Zeit, wo ihnen der Ehrkühler zeigt und selbst die Russen einsehen, daß sich auch nur an den politischen Stützpunkten, ohne gründlichen Ausbau von Betriebsorganisationen innerhalb der Arbeiterpartei nicht schaffen lassen, in einer Zeit, wo die Situation in England selbst noch schlimmer ist als es die angeführten Zahlen zeigen, wo es den Kapitalisten, wie es in der KAZ ja mehrfach gezeigt wurde, tatsächlich dort drüben an Magen und Profit geht, in einer solchen Zeit können wir hoffen, daß trotz allem diesen ganzen und halben Scheinargumenten die englische Arbeiterpartei recht bald mit ihrer historischen Nüchternheit und Tatkraft im Kampf um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit den Weg des kompromißlosen Klassenkampfes betreten werden.

Ein allgemeines Streikverbot soll durchgeführt werden, und die Rote Fahne ist gänzlich verboten.

Die letzten Kommunisten wurden aus dem Parlament hinausgeworfen.

Der Parlamentarismus hat in Mussolinis abtanden müssen.

Mk

rg

aktik
naga
skau
die
n.
diese
rote-
doch
die
und
nen,
p zu
von
Wir
der
men,
issen
liegt.
durch
den
den
sen-
über
klar
preu
nden
ssen
im
oben
egen
sie
nur
role-
gim
enk-
Re-
cher
Mas-
ten-
role
mus
weg
elder
chen
an
An-
mu-
Ver-
lasse
uns
amit
Aus-
mus.
dig,
Re.
vor
nten
oder
kein
mm-
iese
erk-
ben-
hen,
daß
kall-
For-
die
Daß
le u-

aber sicher eine neue Bauernbourgeoisie mit agrarkapitalistischem Einschlag. Das Privatkapital erlangt seine alte Macht wieder, und der Staat selbst kann nicht umhin seine „Vergewaltigung“ wieder aufzulösen. Wir haben in dieser Beziehung den deutschen Proletariat nicht über die Wirklichkeiten in Dödländ vorhalten können. Hier folgt wieder eine treffende Notiz:

Moskau, 12. 11. (WTB). Das Präsidium des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees verleiht die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Zivilgesetzbuches der RSFSR durch die des bisherigen Beschränkungen des Erbschaftsrechtes aufgehoben wird. Unter diese Abänderung fällt insbesondere die Aufhebung des Artikels, der die Höhe des mäßigsten Erbschaftsbetrages auf 10 000 GR. beschränkt. Nach neuer Fassung des Gesetzes fällt eine Erbschaft nur dann an den Staat, wenn ein Testament nicht vorliegt, oder gesetzliche Erben nicht vorhanden sind.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung des weiteren folgende Meldung des „Vorwärts“ vom 20. 11. 1925: Ein Rußland, Handelsmonopol. Eine grundsätzliche Frage des Bolschewismus.

Moskau, 19. November. (Asien-Ostasien-Dienst). Die Sowjetregierung hat ein Gesetz ausgearbeitet, das eine Erweiterung der Rechte des Privatkapitals im Innern und Außenhandel vorsieht. Es sollen dem Privatkapital Gewinnaufschlagungen ermöglicht werden, insbesondere aber soll ein solches Firmen erlaubt werden, an einem Rechnungsbuch unmittelbar mit dem Ausland auszuführen. Dieser Entschluß bedeutet einen Sieg des sozialistischen Fiktions der kommunistischen Partei. Das Gesetz soll auf der nächsten Tagung des Zentral-Exekutivkomitees ratifiziert werden. Gleichfalls sieht das Gesetz die Gewährung von Staatskrediten an den Privathandel vor.

Wenn diese Meldung sich bestätigen sollte, so wird Rußland einen entscheidenden Schritt vollziehen, der es in die kapitalistische Weltwirtschaft wieder einbezieht. Die Auswirkungen eines solchen Schritts müßten von großer Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft werden.

Ein solcher Schritt ist aber auch von großer grundsätzlicher Bedeutung für den Bolschewismus. Das Außenhandelsmonopol ist eines der letzten Reste des ursprünglichen bolschewistischen Systems. Die Abkehr davon bedeutet die Preisgabe der Aufrechterhaltung des bolschewistischen Wirtschaftssystems.

Die Wendung zum freien Außenhandel müßte als Zeichen dafür genommen werden, daß Rußland seine gesamte Außenpolitik neu orientieren will.

Das „Vorwärts“ hat in seinen Schlußfolgerungen recht, wenn er sagt, dieses ist das Ende des Bolschewismus. So wenig die SPD. sich selbst zu diesem Falle äußert, aus dieser Meldung spricht eine gewisse Freude. Die letzten Stützen des Bolschewismus fallen, so daß die Sozialdemokratie die trotzkistischen Bäckereien nicht als Stütze des Kapitalismus den Weg nach Moskau getrost aufnehmen kann. Sie kann heute jubeln, denn sie hat ihr Ziel erreicht, hat in Deutschland den Bolschewismus verhindert und Rußland zur Kapitulation gezwungen.

Heute steht Rußland wieder auf einer neuen Stufe des Kapitalismus und die Bolschewik auf der Linie der Sozialdemokratie, denn sie erkennen das Gegebene als das Fundament ihrer Politik an. Noch sind sie bolschewistische Revolutionäre, aber dementsprechend dementsprechend die Handlungen der internationalen Sozialdemokratie getrost die Handlungen der proletarischen Revolution sind sie verloren. Das westeuropäische Proletariat darf nicht mehr auf die Revolution in Rußland warten, es muß mit geschlossener Macht von neuem gegen den Kapitalismus vorgehen, eine neue Revolution durchführen.

zialdemokratie und den Gewerkschaften gefürchtet. Mit allen Mitteln versuchen sie die Arbeitslosen über ihre Lage hinwegzujädeln.

Die Stadtverwaltung von Mühlhausen (Ruhr) hat infolge der dauernden starken Zunahme der Erwerbslosen die Volksschulen eingerichtet, um die Arbeitslosen für den Preis von 10 Pfennig zu speisen.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß vorgestern, folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die in Berlin vorhandenen Arbeitsnachweise in einen solchen Zustand zu versetzen, daß sich die Arbeitslosen ohne Gefahr für ihre Gesundheit dort aufhalten können. Dringend notwendig ist, daß in den Arbeitsnachweisen gute Lüftung, Heizung und Reinlichkeit geschaffen werden. Ferner ist zu empfehlen, daß man in den größeren Arbeitsnachweisen Erfrischungshallen einrichtet.

Vorausichtlich wird die Stadtverordnetenversammlung, wenn sie an die Arbeit herantreten, eine ganze Reihe von Anträgen aller Fraktionen vorfinden. Auch die sozialdemokratische Fraktion bereitet noch die verschiedensten Anträge vor die für die schweren Schäden der wirtschaftlichen Entwicklung Abhilfe schaffen sollen.

Die Arbeitslosen müssen diese konterrevolutionäre Taktik erkennen, sie dürfen sich nicht ablenken lassen und ihre Pflichten, den Befreiungskampf für ein „Linsengerich“ preisgeben. Sie müssen kämpfen, um sich im Kampf gegen den Kapitalismus erlangen, was sie zu ihrem Leben benötigen.

Das darf nicht so bleiben. Die mächtig einsetzende Bewegung gegen Polizeivöllkerei und Unterdrückung der Kunst muß gesteigert werden. Erfüllung dieser Aufgabe hat sich die Vereinigung linkergerichteter Verleger und Personen rufen alle die unterzeichneten Organisationen und Personen rufen alle die Organisationen, Frauen und Männer Deutschlands auf, sich der eingeleiteten Protestaktion anzuschließen.

Auf Einladung unterzeichneter Verbände, Organisationen und Personen findet in Berlin am Sonntag, den 22. November 1925, vormittags 10 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus eine Kundgebung mit der Tagesordnung statt:

Gegen Justizvöllkerei, für freies geistiges Schaffen. Als Redner sind vorgesehen: Kurt Klauer, Rechtsanwalt Dr. Paul Levi, Erich Mühsam, Kurt Klauer, Johannes R. Becher, Willi Münzenberg, M.D.R., Arthur Wolf.

Dieses Schreiben wurde der Redaktion der „KAZ.“ zum Abdruck eingesandt. Es ist unterschrieben von der Vereinigung linkergerichteter Verleger mit ca. 80 Titulaturen aller sogen. „linken“ Schattierungen, u. a.:

Vereinigung linkergerichteter Verleger. Reichsbund für Stedlung und Pachtung. Deutscher Pazifistischer Studentenbund. Verband für Volks- und Bühnenspiele. E. V. „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“. Verein sozialistischer Ärzte. Internationale Arbeiterhilfe. Rote Hilfe Deutschlands. Weltjugendliga. Freie aktivistische Jugend. Internationale Jugendliga. Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Freiproletarisches Jugendkartell. Helmut Drechsler. U. Produktionsgenossenschaft Leipzig-Gonnwitz. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Deutscher Industrieverband. Bund freier Menschen. Freiproletarisches Spielergemeinschaft. Industrieverband der Film- und Klängehersteller. Syndikalistisch-Anarchistische Jugend. Carl Rottler. Heinrich Mann, München. Bernhard Lohmann. Alfred Kerr. Franz Werfel. Heinrich Zille. Käthe Kollwitz. Kurt Hiller. Adolf Behne. Dr. Alfons Paquet. Frankfurt a. M. Paul Westheim. Frlr. v. Schönbach. Reinhold H. Eduard Fuchs. Herwarth Walden. Erich Mühsam. Heinrich Vogler. Rudolf Leonhard. Erich Baron. Julian Borchardt. Otto Steinicke. Dr. Kurt Kersten. Dr. Aufrecht. Dr. Paul Levi. Felix Halle. Karl August Wittfogel. Hermylna zur Mühlen. Otto Gabel. Rosebery d'Arzago. Martin Faerber. Erwin Ruge. Regina Ruben. Franz Lehnhoff. Prof. Carl Grünberg. Dr. L. Klauer. Berlin. Laika.

Die englische Cunard-Linie, eine der größten Schifffahrtsgesellschaften hat in New York bei Brown, Bros. eine fünfprozentige Obligationenleihe von 7,5 Mill. Dollar aufgenommen zur Finanzierung ihres Schiffsbauprogramms.

Im Reichsgesetzblatt wird bekannt gemacht, daß in der „U. d. S. S. R.“ deutsche Gebrauchsmuster einen Schutz genießen. — Rußland schützt also auch das Eigentum der deutschen Kapitalisten.

Der bekannte italienische Finanzmann und Großindustrielle Max Bondi hat Italien „verlassen“. Infolge der großen finanziellen Verluste, die er in den letzten Monaten erlitten hat.

Die fünf im Miag-Konzern zusammengefaßten Mühlenbauanstalten beabsichtigen einen Zusammenschluß zur Produktionsverbundigung.

Die Gutheifungshütte A.-G. (Oberhausen Rhld.) nimmt in Newyork eine Anleihe von 7 1/2 Millionen Dollar auf.

Mitteilungen GROSS-BERLIN. Vortrag in Charlottenburg am Freitag, den 27. November, abends 7.30 Uhr, bei Jakob Galvanstraße 7, über Die Geschichte im Spiegel des historischen Materialismus. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. 7. Unterbezirk. 16 Unterbezirk (Königsplatz). Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung, Rudower Straße 21. Genossen! Es gilt zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Erscheint vollzählig. Mit Hilfe der Betriebszellen zerreißt man die ultralinken

Dazu ist noch zu sagen. Die Klassenherrschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bringt es mit sich, daß sich der Gedanke der Befreiung daraus in allen unterdrückten Klassenschichten widerspiegelt. Es ist nicht mehr und nicht weniger als die Erscheinung der zugespitzten Klassengegenüberung, die die Bourgeoisie als bestehende Herrschaftsklasse eine allgemeine Freiheit zuläßt. Eine Utopie ist es, zu glauben, daß der Kunst oder der freien Meinung eine besondere Freiheit eingeräumt wird. Nur die der Kunst fälschlicherweise eingeräumte „Sonderstellung“ züchtet solche Neutralitätsurteile. Sie ist eben nicht von der Politik zu trennen, warum ihr auch von den Hürten der „Gerechtigkeit“ im Staat keinerlei Meinungsfreiheit eingeräumt wird. Wenn die Zensur heute noch gewisse Lücken offen läßt und eine gewisse Legalität vorherrscht, so ist das die Tendenz des kapitalistischen Staates, durch einen Glauben an die Möglichkeit der politischen Freiheit innerhalb der bestehenden Staatsordnung (Demokratie) die Klassengegenüberung zu überbrücken. Die Wirklichkeit sagt uns schon, daß es, wo die Klassengegenüberung rücksichtslos aufgedeckt werden auch für Kunst und Literatur eben nichts neutrales, sondern wo sie sich mit Klassenkampf befaßt, eng mit demselben verbunden. Selbst der größte Sumpf aus dem Gemisch von allen Sorten Meinungen kann an dieser politischen Tendenz nichts verfehlen. Das Urteil über diesen Sumpf wird durch die bürgerliche Justiz ausgesprochen. Die Literatur führt sich entweder der kapitalistischen Ordnung und stellt sich in den Dienst derselben, oder sie bekämpft dieses System und wird somit zu einem Teil der Klassenkampf und muß alle Konsequenzen der Unterdrückung vom revolutionären Befreiungskampf abhängig machen. Alle Protestaktionen, Resolutionen und Demonstrationen sind Unsinn, wenn ihnen nicht der Machtkampf auf dem Fuße folgt. Das wird jedoch nie die Tat einiger „Künstler“ oder Kunstschwärmer, sondern die der gesamten Arbeiterklasse sein. Die Literatur gehört darum an die Spitze dieses Kampfes. Nur der Sieg der Arbeiterklasse wird ihr die Freiheit der politischen, literarischen und künstlerischen Meinung bringen.

Der Krieg in den Mittelmeer-Kolonia In Marokko ist es, wie erwartet wurde, den vereinten Anstrengungen der Franzosen und Spanier nicht gelungen, Abd el Krim vor Eintritt der Regenzeit auf die Knie zu zwingen. Immerhin haben die gemeinsamen Operationen im Laufe des Oktobers zu nicht unerheblichen Erfolgen geführt. Durch gleichzeitiges konzentrisches Vorgehen der Franzosen von Süden und Südosten her und der Spanier aus der Zone von Melilla ist es gelungen, den sechsten Teil des bisher von Abd el Krim beherrschten Gebietes abzuräumen. Abd el Krim verliert damit nicht nur die Hilfe der dort wohnenden Stämme, sondern auch einen Landstrich, der für die Ernährung seiner Kräfte von Wichtigkeit war. Durch die Einnahme von Ajdir, des bisherigen Hauptquartiers Abd el Krims, haben die Spanier sich ferner eine Basis für weitere Unternehmungen von Norden her geschaffen. Ob diese Erfolge genügen werden, um Abd el Krim zu Friedensverhandlungen geneigter zu machen, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlicher ist, daß er im Laufe des Winters neue Kräfte sammelt und die Kämpfe im Frühjahr wieder aufleben. Jedenfalls sind Franzosen und Spanier gezwungen, solange nicht eine völlige Niederwerfung der Rüstmächt oder ein Vergleich mit ihnen erreicht ist, starke militärische Kräfte in Marokko zu unterhalten.

In Syrien hat der Aufstand, der sich ursprünglich auf das im Süden des französischen Mandatslandes liegende Hauran-gebiet beschränkte, nun auch auf die Gegend um Damaskus und Homs übergriffen. Die Beschießung von Damaskus durch die bisherigen Artillerie ohne vorherige Warnung der dort lebenden Europäer, Mitte Oktober, führte zur Abberufung des französischen Oberkommandos, des Generals Sarrail, der vermutlich durch einen Zivilkommissar ersetzt werden wird. Frankreich ist auch hier gezwungen, eine starke militärische Macht zu unterhalten. Sie ist zur Zeit auf über 50 000 Mann zu beziffern.

Melior Wirtschaftskurier Die Stadt Frankfurt a. M. hat nunmehr die Genehmigung zur Aufnahme einer Auslandsleihe von 4 Mill. Dollar erhalten. 7 bis 8 Mill. Dollar waren beantragt.

Die polnische Regierung hat unter Vermittlung der Wiener Kreditanstalt mit Kuhn, Loeb u. Co., New York, eine 100-Millionen Dollar-Anleihe abgeschlossen.

Der polnische Landtag hat der Regierung die Ermächtigung zur Aufnahme einer neuen Auslandsanleihe in Höhe von 600 Mill. Zloty erteilt.

Der belgische Wirtschaftsminister und der Notenbankpräsident sind nach Amerika gereist, um mit dem amerikanischen Regierung und prominenten Bankiers über die Frankentabilisierung zu verhandeln.

Die englische Cunard-Linie, eine der größten Schifffahrtsgesellschaften hat in New York bei Brown, Bros. eine fünfprozentige Obligationenleihe von 7,5 Mill. Dollar aufgenommen zur Finanzierung ihres Schiffsbauprogramms.

Im Reichsgesetzblatt wird bekannt gemacht, daß in der „U. d. S. S. R.“ deutsche Gebrauchsmuster einen Schutz genießen. — Rußland schützt also auch das Eigentum der deutschen Kapitalisten.

Der bekannte italienische Finanzmann und Großindustrielle Max Bondi hat Italien „verlassen“. Infolge der großen finanziellen Verluste, die er in den letzten Monaten erlitten hat.

Die fünf im Miag-Konzern zusammengefaßten Mühlenbauanstalten beabsichtigen einen Zusammenschluß zur Produktionsverbundigung.

Die Gutheifungshütte A.-G. (Oberhausen Rhld.) nimmt in Newyork eine Anleihe von 7 1/2 Millionen Dollar auf.

Mitteilungen GROSS-BERLIN. Vortrag in Charlottenburg am Freitag, den 27. November, abends 7.30 Uhr, bei Jakob Galvanstraße 7, über Die Geschichte im Spiegel des historischen Materialismus. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. 7. Unterbezirk. 16 Unterbezirk (Königsplatz). Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung, Rudower Straße 21. Genossen! Es gilt zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Erscheint vollzählig. Mit Hilfe der Betriebszellen zerreißt man die ultralinken

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

November 1925 Alle Zahlungen sind Postcheckkonto: Berlin, NW 7, Nr. 494 79 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifen durch die Post: Halbjährlich 4 Mk im Kopf der Zeitung angegeben. Preise: Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Wer zieht den Schlußstrich?

Mit Beendigung dieser Woche soll gleichzeitig die bejahende Antwort auf die Abmachungen in Locarno entschieden sein. Der heißumstrittene Garantiepakt wird sich danach durch die Unterschrift, die sich am 1. Dezember in London vollzieht, als neue „Dawessonne“ vor dem deutschen Proletariat aufhelfen. Verheißungsvoll, so wie ihn die deutsche Bourgeoisie in ihrer größten Mehrheit, und durch die Sozialdemokratie herbeigeseht und auch zugestimmt hat. Nur fragt es sich, ob auf den Sonnenschein nicht ein großer Platzregen alle die rosigem Gedanken Enttäuschung breit macht? Dem Proletariat wenigstens, wird es nicht erspart bleiben, den Illusionen, die ihm von hoher Warte der Bourgeoisie durch die Parlaments- und Gewerkschaftsvertreter aufgetischt werden, den letzten Versuchen des europäischen Kapitals, die Zwangsgesetze der Entwicklung zu durchbrechen, den vernichtenden Schatten folgen zu sehen.

Zur Zeit wird noch mit allen parlamentarischen Mitteln daran gefeilscht, wer an erster Stelle die Verantwortung für die Rückwirkungen dieses „Garantiepakts“ übernimmt, und welches die Gewinne dieses Experiments sein könnten. Das Luther-Kabinet spricht sich selbst Mut zu, um den begonnenen Schritt wenigstens noch zu vollenden, um nicht den Bankrott der kapitalistischen Politik auszusprechen, und die Sozialdemokratie hat es übernommen für den nötigen Rückhalt bei den Massen des Proletariats zu sorgen. Glühende Versprechungen von Völkerfrieden und besseren Arbeitsbedingungen bringen sie mit dem „Garantiepaht“ und dem Völkerbund in Verbindung und lenken somit die Massen durch ein feines Mittel von der steigenden Krise und dem wachsenden Elend der Arbeiterklasse und dem notwendigen Klassenkampf ab. Ihre größte Pflicht sieht sie weiter darin, Luther und Stresemann in ihrem Tun das Rückgrat zu stärken, die Tür zu einer großen Ministerkoalition sind ihnen ja durch die Demission des Kabinetts nach der Vollendung in London aufgetan.

Löbe ist von seiner großen Propagandareise „für Locarno“ zurückgekehrt und beehrt sich, Stresemann auf einen Brief aus dem Jahre 1924 aufmerksam zu machen, worin er den Außenminister auffordert: „Haben sie endlich den Mut, treten sie dem Völkerbunde bei!“ Die übriggebliebenen Minister des Rumpfkabinetts haben gut vorgesorgt, und Luther und Stresemann können getrost nach London fahren, um das Werk mit ihrem Namen zu unterzeichnen. Am Sonnabend, den 21. November tagte der Reichsrat, und die einzelnen Oberpräsidenten, mit Ausnahme von Ostpreußen, Pommern,

Niederschlesien und teilweise Bayern und Mecklenburg, stellten sich fast vorbehaltlos zu den Abmachungen von Locarno. Um sich jedoch gegenüber den Interessen der gesamten Bourgeoisie Sicherheit zu verschaffen, hat das Lutherkabinet es vorgezogen, nach „Vollendung“ des Schrittes, seinen Rücktritt angemeldet. Es ist eben unmöglich, für das unbestimmte der Nachwirkungen die Garantie zu übernehmen. Die neue Etappe muß auch mit neuen Statisten eingeleitet werden, die sich im Interesse der Bourgeoisie die Hörner abstoßen. Die größte Sicherheit, d. h. die bei den Führern der Arbeitermasse, hat man sich auf alle Fälle im voraus verschafft. Schon in der vergangenen Woche waren die Gewerkschaftsvertreter zu einer Vertrauenssitzung geladen, und sie gaben ihre Zusicherung, und am letzten Montag waren Wels und Crispian bei Luther und sie leisteten den Treueid für die Paktpolitik. Auf alle Fälle, wie es auch kommen mag, ist man sich der Unterstützung der langbewährten „Führer der Arbeiterklasse“ gewiß.

Der Arbeiterklasse bleibt es danach überlassen, die Früchte dieses imperialistischen Pakts zu tragen, d. h. die Wiederaufbauversuche, die an diese Abmachungen geknüpft sind, werden sich in einer gesteigerten Verklärung des europäischen Proletariats bemerkbar machen. Die Arbeiterklasse wird durch die neue Etappe den Interessen des europäischen Imperialismus ausgeliefert und den Aufgaben des Befreiungskampfes immer weiter abgedrängt. Die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien werden sich nach ihren Versprechungen, der Bourgeoisie gegenüber, als die besten Sklaventreiber erweisen. Selbst die KPD, wird in ihrem „Kampfgesang“ mehr Rußland als den Völkerbund nähert, und je mehr die Einheitsfrontspolitik in der Sozialdemokratie Fuß faßt, das Ergebnis von London am Ende dafür sorgen, daß das Ergebnis von London vollendet wird. Die SPD. kann nicht zurück, und die KPD. muß im Interesse des Opportunismus folgen.

Die Arbeiterklasse selbst steht letzten Endes vor der Aufgabe einen Schlußstrich unter alle die Illusionen und Enttäuschungen zu ziehen. Locarno und der Garantiepaht bilden die Entscheidung im Existenzkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Der entscheidende Versuch des europäischen Kapitals, sich aus dem Chaos der Weltwirtschaft zu befreien, ist gleichzeitig der entscheidende Moment, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu erkennen. Der Arbeiterklasse bleibt heute die Aufgabe, unter das gesamte kapitalistische System den Schlußstrich zu ziehen, den Schlußstrich der proletarischen Revolution.

Mora Zetkin in Berlin

Der Jubel der KPD. ist groß. Das Eki der Komintern hat ihr für die unfähige Ruth Fischer, die sich in Moskau im Exil befindet, eine neugeborene Führerin als Ersatz geschickt. Am Dienstag vormittag kam Klara Zetkin dorthin, wohin die Ruth ging. Nachdem der Brandtucker aufgehört hatte zu sein, hatte auch sie ihre Laufbahn beendet, und nun, wo die Ultralinken, die an Stelle der Brandt, Thalheimer, Zetkin und Meyer trat, zerschmettert am Boden liegt, hat die Rechte aufgehört, eine Gefahr zu sein, sie kann auf den alten Posten zurückkehren. Die besten Vorbedingungen hat der Ektirik eingeleitet, und wenn man auch ab und zu noch von der ehemaligen Brandtierrechten spricht, und sich zum Schein abwendet, der alte Star sitzt wieder am Giebel und pfeift den gedämpften Ton. Die Meyer, Koenen und Pfeffer sind die neuen im Brandtierrecht, und niemand paßt besser zu ihnen, als die ultralinke Klara Zetkin, die sich auf eine schöne Art, des Todesart von 1923 entzog. Nun kehrt sie verjüngt an ihren alten Platz zurück und die Berliner sind hoch erfreut, einen neuen Gott zu haben. Sie wird nun vollenden, was bei dem großen Reinenachen und der letzten „Konsequenz“ der Einheitsfront noch übrig geblieben ist. Der Bezirksparteitag von Berlin-Brandenburg hat ihr aufs beste die Wege geebnet. Brillant hat man es verstanden, die neue Zellenarbeit zum Mittel gegen die Ultralinken anzuwenden.

Mit Hilfe der Betriebszellen zerreißt man die ultralinken

eingestellten Wohnbezirke, und erweckt den Anschein, die Macht in der Partei in die Hände der Proletarier in den Bezirken gelegt zu haben. In Wirklichkeit sind jene von Moskau bestimmten Parteiführer nach wie vor die Regierenden, die man nun mit einem gewissen Oberhaupt versehen hat, und man hat auf der anderen Seite die Möglichkeit geschaffen, die ultralinken Intellektuellen von den Massen zu trennen. Mit der neuen Führerin glaubt man die letzten Splitter der Opposition zu zerstören, und der Weg nach Amsterdam findet seine leuchtende Vollendung.

Fememord-Prozess

In Schwerin hat der Prozess gegen die Mordkamarilla der Schwarzen Reichswehr begonnen. Angeklagt wegen Mord an dem Ehrhard-Mann Beyer oder Befehl dazu sind der Feldwebel Bold, Oberleutnant Witt, Oberleutnant Stecken, Leutnant Fritz und zwei „Rothbach-Gehilfen“ Peter und Röder, alles ausgesprochene Bourgeoisöhnchen und die besten Stützen der ultralinken „Gesellschaftsordnung“, die sich alles, sogar wenn man nicht die gesamte Bourgeoisie dazu rechnen will, der Leutnant Eckermann und der Oberleutnant von Pannitzow in der besten Öffentlichkeit im Berliner Westen anisieren. Der Prozess findet wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Darüber hinaus ist jedem Beteiligten bei Zuwiderhandlung der Schweigepflicht mit 5 Mark Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe gedroht. Besser konnte die Justiz ihren Zusammenhang mit diesen Banden gewiß nicht beweisen.

„Heran an die Massen!“

Diese Parole ist seit Jahren der Ausgangspunkt der Taktik der 3. Internationale und somit auch der KPD. Heute nach 4 Jahren Praxis dieser Taktik sehen wir die Auswirkungen dieser Parole Lenins, die auf dem 3. Weltkongress in Moskau gegeben wurde. Wir wollen hiermit untersuchen, ob die Früchte die sie zeugte, im Interesse der Revolution liegen.

Rein äußerlich gesehen, kann jede Organisation diese Parole teilen, da sie sich zur Aufgabe gemacht hat, das Proletariat für ihre Taktik und Ziele zu gewinnen. Es kommt jedoch, darauf an, welchen Inhalt man dieser Parole gibt, d. h. wie die Prinzipien der Organisation aussehen. Auch die KAPD. und AAU. haben sich zur Aufgabe gemacht, die Massen zu schulen, zum revolutionären Kampf reif zu machen und im Kampf zu führen. Die Taktik der KPD. unterscheidet sich jedoch von der KAPD. in den Mitteln, die Massen zu gewinnen. Wir halten die Methode, die von der 3. Internationale und der KPD. angewendet wird, um an die Massen heran zu kommen, für eine opportunistische, die mehr im Interesse einer gewissen Parteipolitik, als der notwendigen Klassenkampfpolitik liegt.

Wenn bei der Eroberung der Massen die Qualität durch die Quantität leidet oder ersetzt wird, so verfehlt sie ihren Zweck. Eine siegreiche Revolution setzt voraus, daß die Massen von ihr erfüllt sind. Die Massen müssen von den kommunistischen Grundsätzen durchdrungen sein. Eine Massenbewegung, die nur einer Illusion nachgeht und innerlich über die Konsequenzen des proletarischen Klassenkampfes unklar ist, zerfällt im entscheidenden Moment des Kampfes wie Spreu im Wind. Wer erinnert sich nicht an die demonstrierenden Massen von 1918 und 1919. Es waren damals wirklich Massen in Bewegung, und sie hatten keine Schlagkraft, weil sie im revolutionären Denken und Handeln unklar waren. Die großen Massen der SPD. waren in der Mehrzahl auch 1914 gegen den Krieg, doch auf einen Wink der Parteiführer zogen sie willenslos für den Imperialismus zur Schlachtbank.

Hieraus sehen wir, daß Massen ohne Selbstbewußtsein nur Statisten der parlamentarischen Parteien sind. Ein Proletariat mit einer derartigen Unreife, daß ihm jedes selbständige Handeln fremd ist, wird immer um die Früchte der Revolution betrogen werden. Es muß daher unser Ziel sein, ein denkfähiges Proletariat heranzubilden. Die Voraussetzung der Revolution ist nicht Massen um jeden Preis, ganz gleich in welcher geistigen Verfassung sie sich befinden, sondern denkende Massen heranzubilden, die fähig sind, ihre eigenen Geschicke zu lenken. Es ist leicht die Massen für eine reformistische Parole zu gewinnen, doch zehnmal schwerer, sie vom Kommunismus zu überzeugen. Wir müssen trotzdem den schweren Weg gehen, da nur er uns zur proletarischen Revolution führt.

Die größten Massen der Arbeiterklasse befinden sich leider heute noch im Banne der bürgerlichen, sozialdemokratischen Ideologie. Sie glauben noch an den Parlamentarismus und an die Interessierung ihrer Lebenslage im Kapitalismus. Ein Anknüpfen an diese Stimmung der Masse kann es vom kommunistischen Standpunkt nicht geben, denn es würde eine Verknüpfung mit den Illusionen der Befreiung der Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden Staatsordnung bedeuten. Für uns kann es nur heißen, Zerstörung dieses Staates und der damit verbundenen Illusionen der Proletarier an den Kapitalismus. Ausrottung des Aberglaubens der Proletarier an den Kapitalismus. Rückichtslos Offenheit der Massen gegenüber ist notwendig, denn jede Halbheit birgt in sich alles vernichtende Rückschlag. Nicht hinter den Massen dürfen wir marschieren, sondern vor ihnen.

Die Gewerkschaften und die SPD. sind seit Jahrzehnten Massenorganisationsformen. Doch ihre Massen, die sie als Mitglieder haben, sind für den Klassenkampf bedeutungslos, sind kein revolutionärer Faktor. Sie sind in wahrster Stille ein Hemmnis der revolutionären Befreiung der Arbeiterklasse. Diese Massen der konterrevolutionären, reformistischen Gewerkschaften und SPD. kann man nur dann aus diesen Ketten befreien, wenn man ihnen eine revolutionäre Ideologie entgegensetzt. Sie müssen neue Wege des Klassenkampfes sehen, doch werden sie diese neuen Wege nie dadurch sehen, daß ihre liebgehabten, reformistischen Gedanken etwas radikalisiert werden. Diese Radikalisierung der reformistischen Forderungen betreibt die KPD. seit 1920 mit großem Eifer, die Massen sind jedoch immer noch reformistisch geblieben, die Erfolge dieser Zellenarbeit ausbleiben sind, hat seine Gründe darin, daß die Massen nicht mit scheiterrevolu-

URANIA

Was kennt sie noch nicht?

Über diese und viele andere Bücher werden wir Ihnen bald in den nächsten Ausgaben unserer Zeitschrift, der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“, ausführlich berichten. Sie können sich jetzt schon bei uns bestellen.

Bestellen Sie bei uns: **URANIA** Verlag, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.

Verantwortlich für den Inhalt verantwortlich: Otto Schick, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.